

Inhaltsverzeichnis

Steuerung der Geldmenge durch gemeinnützige Institutionen.....	2
Geldschöpfung nach dem Prinzip der Gewaltenteilung:	2
Geldmengenkontrolle nach dem Prinzip des freien Marktes.....	2
Was kosten uns private Banken?.....	2
Wer erhält die Zinseinnahmen aus neuem Geld?.....	4
Der österreichische Staat wurde seit 1980 schlanker.....	4
 Gerechte Vermögensverteilung.....	5
Marktwirtschaft mit neuen Ausgangsbedingungen.....	8
Die Definition von Geld als allgemeine Ressource schafft neue Regeln für den freien Markt	11
Vermögenssteuer versus Gebühr auf ungenutzte Ressourcen.....	13
 Bankgeschäft nur für die Realwirtschaft.....	15
Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken.....	16
 Stopp der Spekulation mit lebenswichtigen Ressourcen	17
Schädliche Spekulationsgeschäfte	17
Neutral zu bewertende Geldanlagen	17
Positiv zu bewertende Geldanlagen	18
Neue nützliche Anlageformen.....	18
 Die klassischen Theorien der Ökonomie versagen.....	20
Lassen Sie sich die Inflation erklären.....	20
Sollten wir das System lieber krachen lassen?.....	20

Steuerung der Geldmenge durch gemeinnützige Institutionen

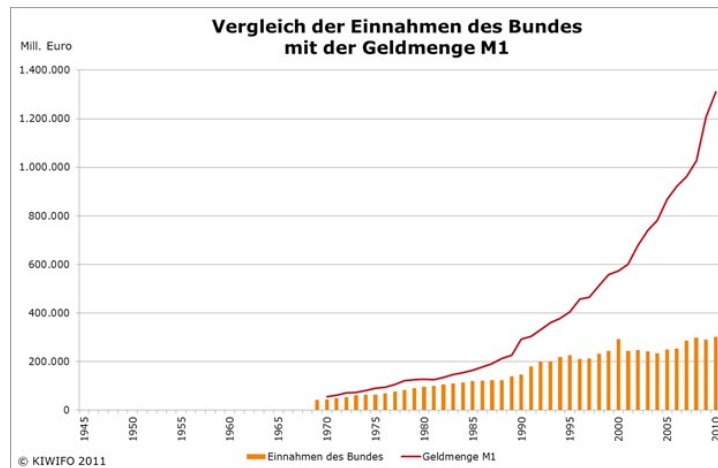
Geldschöpfung nach dem Prinzip der Gewaltenteilung

Die Geldmenge M1 umfasst die Zahlungsmittel, also sowohl das Bargeld als auch die Giralgelder auf unseren Bankkonten. Diese Geldmenge steigt stetig an. Wer produziert dieses neue Geld?

Weniger als ein Zehntel dieser Geldmenge wird von der Zentralbank herausgegeben. Somit sind die privaten Bankinstitute die eigentlichen Geldschöpfer¹.

Sie geben Kredite aus, indem sie Beträge in Bücher schreiben. So lange dieses Buchgeld (Giralgeld, das nur als Zahl in Büchern existiert) in Umlauf bleibt, erhalten die Privatbanken dafür Zinserträge. Da immer Geld in Umlauf sein muss, weil die Wirtschaft nicht mit der geringen Menge an Zentralbankgeld auskäme, ist dies eine enorme Geldquelle. Je mehr Kreditnehmer die Banken finden, desto mehr Geld können sie produzieren und desto umfangreicher werden ihre Erträge. Kein Wunder also, dass die Geldmenge stets ansteigt und damit auch die Schulden. Die Gesetze des Marktes führen dann zu einer steigenden Inflation. Durch diese Inflation werden breite Bevölkerungsschichten um ihre Kaufkraft gebracht.

Dem Staat den Anstieg der Geldmenge anzulasten ist nicht korrekt, denn wie die folgende Grafik aus Deutschland zeigt, profitiert der Staat nicht von der Geldmengenerhöhung. Das gilt auch für Österreich².



Es ist das private Bankensystem, das Kredite vergibt und damit weitgehend eigenmächtig von der Zentralbank die Geldmenge bestimmt. Der Versuch der Europäischen Zentralbank, nach der Krise 2008 durch einen günstigen Leitzinssatz die Wirtschaft mit Geld zu fluten, ist gescheitert. Denn das private Bankensystem ist daran interessiert, dass Geld in der Wirtschaft ein knappes Gut ist und somit die Kreditzinsen hoch gehalten werden können³.

Es liegt in der freien Entscheidung der Banken, wen sie als kreditwürdig erachten und wen nicht. Sie können willkürlich festlegen, den Kredit einer wichtigen Persönlichkeit mit nur zwei Prozent, den eines einfachen Bürgers aber mit acht Prozent zu verzinsen. Sind Kreditnehmer zahlungsunfähig, so können sie entscheiden, ob sie ihnen bis an das Lebensende Aufschübe gewähren, oder deren Hab und Gut sofort verpfänden.

Nicht von ungefähr haben wir in unseren Demokratien die Entscheidung über Recht und Unrecht einer Gerichtsbarkeit unterworfen, die dem Prinzip der Gewaltenteilung unterliegt. Sollte die Macht, über die Zurverfügungstellung von Geldmitteln (und somit über „Arm und Reich“) zu entscheiden, nicht auch diesem Prinzip unterworfen werden? In unserem heutigen System profitieren jene Institutionen (also Banken), die das Geld erzeugen, von den Zinseinnahmen. Wendet man dieselbe Logik auf die Gerichtsbarkeit an, würde es bedeuten, dass die Gehälter von Richtern durch die Anzahl der Verurteilungen bestimmt sind. Welch

1 Siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Giralgeldschöpfung>

2 Grafik aus: http://www.kiwifo.de/html/staatseinnahmen_und_geldmenge.htm

3 Die Banken profitieren zwar von einer erhöhten Geldmenge, aber nur solange die Gelder in den Wertpapierhandel abwandern und in der Realwirtschaft fehlen.

widersinnige Vorstellung!

Wir fordern daher, dass die Geldschöpfung zur Gänze in die Hand einer gemeinnützigen Institution gelegt wird. Die Entlohnung der Mitarbeiter dieser gemeinnützigen Institution erfolgt unabhängig davon, wieviel Geld sie in Umlauf bringen. Dieses Grundprinzip der Gewaltenteilung muss gesetzlich verankert werden. Die darauf basierende neue Form der Zentralbank wollen wir nach der Idee von Prof. Dr. Josef Huber „Monetative“ nennen.

Die Geschäftsbanken sollen in Zukunft somit die Aufgabe haben, Geld in Umlauf zu halten, aber nicht Buchgeld zu schöpfen. Das bedeutet, sie sollen Spargelder annehmen und durch Kredite wieder der Wirtschaft zur Verfügung stellen. Auf den Konten soll das Geld dort aufscheinen, wo es gerade ist. Wo es irgendwann wieder sein wird, soll hingegen durch Verträge geregelt werden. Der Staat wird weiterhin der letzte Garant für die Bankgeschäfte bleiben. Aber eben nur für diese klassischen Aufgaben der Bank, nicht jedoch für Spekulationsgeschäfte.

Geldmengenkontrolle nach dem Prinzip des freien Marktes

Die Gefahr, dass die Mitarbeiter der Monetative nicht im Sinne des Gemeinwohls agieren, könnte durch konkurrierende Währungen gebannt werden. Wenn der Euro in Zukunft allein durch die europäische Zentralbank in Umlauf kommt, so wäre es sinnvoll, deren Macht dadurch zu begrenzen, dass die einzelnen Staaten zusätzlich eine innerstaatliche Währung in Umlauf bringen.

Die Menge dieser Währung ist dann über eine staatliche Monetative zu regulieren, deren Mitarbeiter ebenfalls ihren Gehalt unabhängig von der ausgegebenen Geldmenge beziehen und die aus der Nationalbank hervorgehen könnte. Wird zu viel an nationaler Währung in Umlauf gebracht, so wird diese unattraktiv, da sie gegenüber dem Euro abgewertet wird. Eine solche Währung wird dann vom Bürger nicht mehr angenommen werden. So ergibt sich eine Konkurrenzsituation der Währungen, durch die es nicht mehr möglich ist, Profite aus unregulierter Geldmengenausweitung zu erzielen.

Was kosten uns private Banken?

Zu dieser Frage verfügen wir leider nur über Zahlen aus Deutschland, die Helmut Creutz erhoben hat. Die Bankmarge (Zinsüberschuss der Banken) betrug dort seit 2005 jedes Jahr etwa 90 Mrd.€.

Das ist das 2½fache dessen, was der deutsche Staat für Bildung, Wissenschaft und Kunst zusammen ausgibt. Darf die Kontoführung für einen Menschen so viel kosten, als würde er sein ganzes Berufsleben lang ausgebildet?

Wenn ein marktwirtschaftliches Bankensystem derart teuer arbeitet, so doch deshalb, weil es nicht dem freien Wettbewerb unterliegt, sondern über einen Monopolstatus verfügt. Und das tut unser heutiges System: Es verfügt über das Geldschöpfungsmonopol.

Wer erhält die Zinseinnahmen aus neuem Geld?

Wird Geld als Kredit in die Welt gebracht, so entstehen Zinserträge. Mit welchem Recht sollte der Geldschöpfer diese Erträge erhalten, für ein Geld, das er einfach schöpft? Es steht ihm damit heute eine Einnahmequelle für alle Zeiten zur Verfügung, wenn er die Geldmenge dauerhaft erhöht (und sie wurde nie gesenkt). Er ist daher an einer maximalen Erhöhung interessiert. Da dies keine sinnvolle Regelung ist, weil das Prinzip der Gewaltenteilung fehlt, darf in einer zukünftigen Geldordnung das geschaffene Geld nicht der geldschöpfenden Institution gehören. Geld ist eine kulturelle Errungenschaft – sollte es es daher nicht ein Gemeingut sein?

Daraus ergibt sich die Frage, wie man der Gemeinschaft neues Geld zur Verfügung stellt, ohne dass sich jemand daran unrechtmäßig bereichert. Die Antwort: Es könnte der Gemeinschaft übergeben werden, die es für allgemeine Zwecke ausgibt. Bewegungen in diese Richtung gibt es bereits: zum Beispiel die „Monetative“ nach dem Ökonomen Prof. Dr. Josef Huber⁴.

Ein Weg zu diesem Ziel, der den Staaten gesetzlich heute schon offen steht, ist die Gründung einer neuen Währung durch Herausgabe von klein gestückelten Steuergutschriften. Der Staat bezahlt also mit etwas, das die eigene Nationalbank bzw. Monetative für ihn druckt. Die dort tätigen Fachleute entscheiden nach

⁴ Siehe: <http://www.monetative.de/>

ökonomischen Kriterien über die Menge der herauszugebenden Gutschriften und übergeben sie dem Staat. Mit dieser Inlandswährung könnte bspw. der griechische Staat seine derzeit reduzierten Sozialleistungen weiter tragen, ohne sich dafür verschulden zu müssen. Die Sozialleistungsempfänger geben dieses Geld bei Händlern aus, die damit Steuerschulden begleichen. Diese Konkurrenzwährung hält dann den Euro in Schach. Mehr zu dieser Idee, die auf Ernst Dorfner zurückgeht, ist unter dem Begriff „Taxos“ im Internet zu finden: <http://www.taxos.info>.

Fazit: Die Möglichkeit, sinnvoll zu handeln, existiert. Es obliegt unserer Politik diese neuen Wege zu beschreiten. Dazu wird keine Einwilligung der Banken benötigt.

Der österreichische Staat wurde seit 1980 schlanker

Die Staatsausgaben Österreichs haben sich seit 1980 immer um 50% des BIP bewegt, unabhängig von den Regierungskonstellationen. Auch die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge haben sich im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung so gut wie nicht verändert⁵. Aber die Staatsschulden haben sich im Verhältnis zum BIP seither verdoppelt, so dass heute ein doppelt so hoher Betrag für Zinslasten aufgeht⁶. Die Zinslast beträgt damit heute ein Fünftel der Staatsausgaben. Bei einer Zinslast von 2,37% pro Jahr verdoppelt sich eine Schuld in 30 Jahren. Diese Steigerung geht somit rein auf den Zinseszinsseffekt zurück und nicht auf Misswirtschaft. Bei einem realistischen Zinssatz von 3,5% sollten wir noch um ein Drittel mehr Staatsschulden haben. Das bedeutet, die staatlichen Leistungen wurden in Relation zur Wirtschaftsleistung seit 1980 gesenkt. Allerdings hat dies nicht zu Steuersenkungen geführt, da wir die erhöhten Zinslasten zu tragen haben.

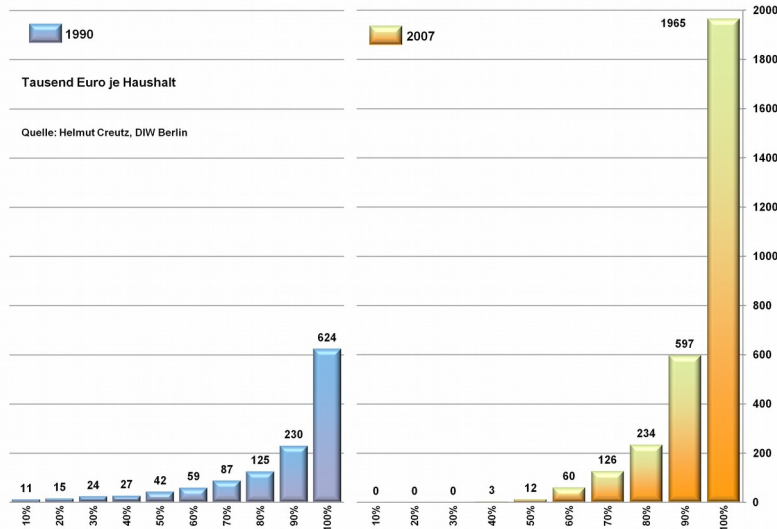
5 Siehe: <http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/lang-abgaben.pdf>

6 Siehe: <http://staatsschulden.at/>

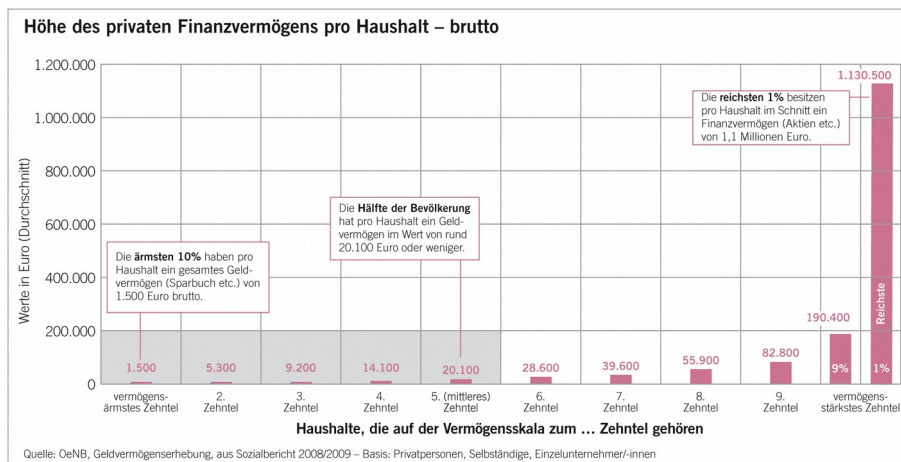
Gerechte Vermögensverteilung

Die Erfassung der Geldvermögen ist ein großes Tabu-Thema unserer Geldwirtschaft. Umfragen dazu sind spärlich und existieren aus der Vergangenheit nur für Deutschland. Die beiden folgenden Grafiken zeigen eine Entwicklung, die kontinuierlich seit den 50er Jahren vonstatten ging und hier für 1990 und 2007 erfasst wurde. Die Vermögen haben sich immer ungleicher verteilt.

Umverteilung der Vermögen Deutschland



Die Grafik aus Deutschland zeigt die Vermögensverteilung aus dem Jahr 1990 und dem Jahr 2007⁷ für 10 nach Vermögen gestaffelte Bevölkerungsgruppen - von den Ärmsten zu den Reichsten. Für Österreich steht uns eine solche Grafik aus dem Jahr 2008/2009 zur Verfügung. Wir sehen, dass die Ungleichverteilung noch höher ausfällt als 2007 in Deutschland⁸.



Der Grund für den ständigen Anstieg liegt in den enormen Einkommen aus Kapital. Während das Einkommen aus Arbeit durch die Leistung eines Menschen eine natürliche Begrenzung erfährt, steigen die Kapitalerträge mit der Größe des vorhandenen Vermögens. Der Kapitalertrag nimmt somit exponentiell zu und es ergibt sich eine Entwicklung, die den Reichen Vermögenszuwächse weit jenseits der Leistungsfähigkeit eines einzelnen Menschen ermöglicht. Erhöhen wir die gezeigten Vermögen um einen

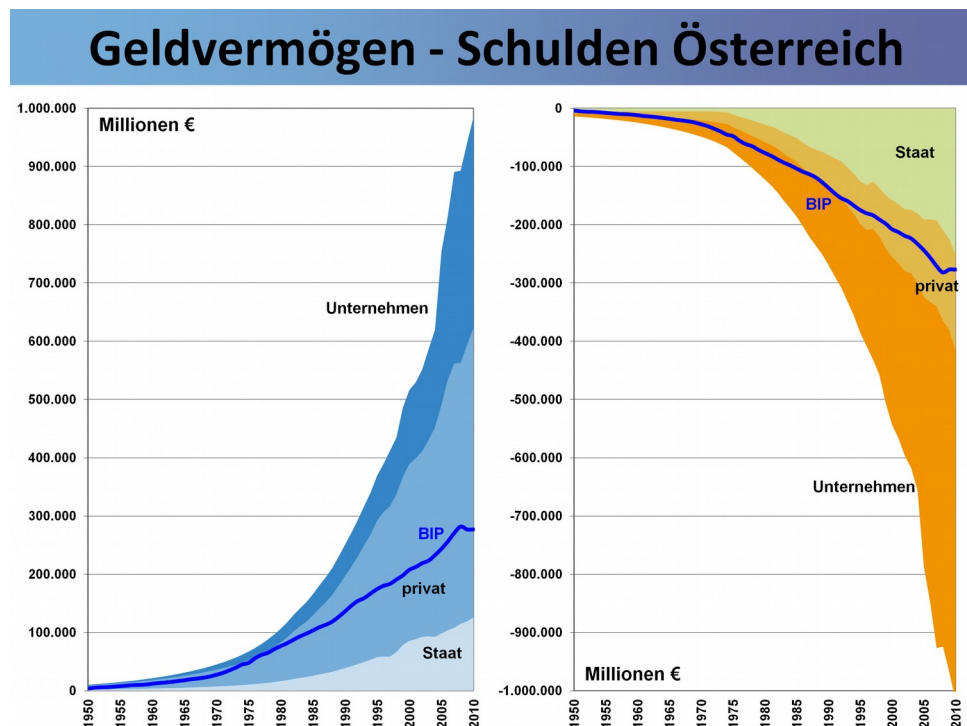
⁷ Die Grafiken beruhen auf Arbeiten von Helmut Creutz (basierend auf Auswertungen des DIW des SOEP): „Das Geldsyndrom“, Abbildung 51 und „Armut und Reichtum driften auseinander“. Helmut Creutz addierte in beiden Fällen das Geldvermögen plus das schuldenfreie Sachvermögen pro Haushalt und kommt somit auf höhere Werte als die Pro-Kopf-Angaben des DIW. Die Statistik aus 1990 wurde von DI Tobias Plettenbacher in Euro umgerechnet und zu dieser vergleichenden Grafik verbunden.

⁸ Aus: <http://www.arbeiterkammer.com/online/vermoegensverteilung-in-oesterreich-62843.html>

Zinssatz von 5% so erhält das ärmste Zehntel pro Kopf 7,5 €, während jene, die zum reichsten Hundertstel gehören 5652 € pro Kopf erhalten. So verteilt sich Vermögen durch Kapitalerträge von Jahr zu Jahr ungleicher.

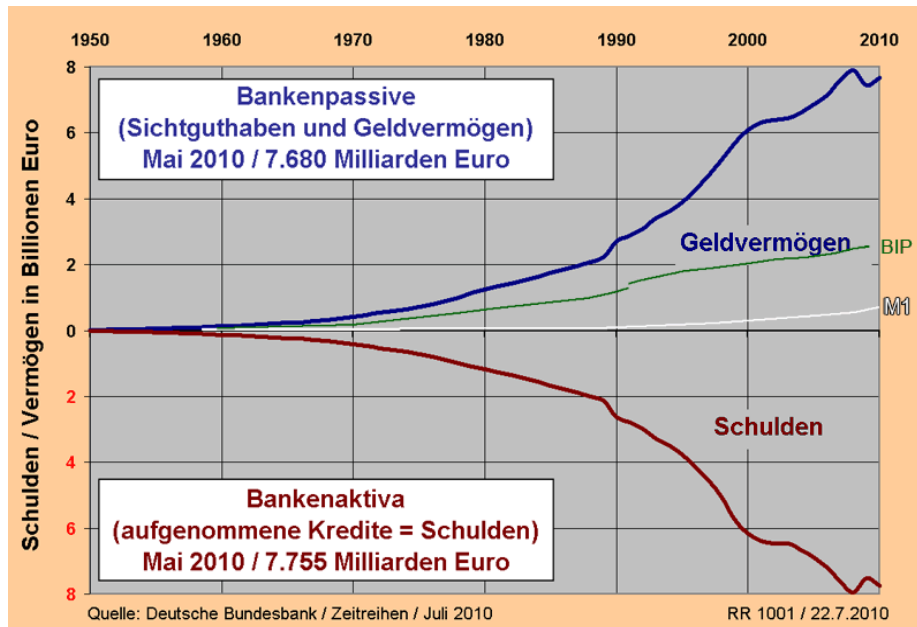
Allerdings ist dies nur ein Aspekt der Vermögensverteilung. Unternehmenskapital ist ebenso ungleich verteilt und die Werte liegen im Spitzenbereich um das Tausendfache über jenen der Privatvermögen. Wenn heute ein Lebensmittelkonzern wie Aldi/Hofer eine Wachstumsrate von 22% aufweist und damit ein Firmenvermögen von 27 Milliarden Euro in den Händen von zwei Brüdern zu liegen kommt, so ist dies ein Ungleichgewicht, das über eine Neuregulation des Geldsystems zwar gemildert, aber nicht völlig ausgeglichen werden kann. Zum Wirtschaftswachstum tragen solche großen Firmenvermögen kaum etwas bei, weil in gleichem Ausmaß Kleinunternehmer (in dem Fall Einzelhandelskaufleute) verschwinden. Alle großen Wirtschaftsbereiche sind heute durch wenige Monopole besetzt. Es ergeben sich daraus neue Machtverhältnisse. Dies wirft die Frage auf, ob der freie Markt überhaupt noch durch Angebot und Nachfrage im Sinne der Allgemeinheit reguliert wird, denn hier treten keine etwa gleich starken Konkurrenten gegeneinander an. Die Großen fressen die Kleinen und bestimmen danach die Preise durch ihren Monopolstatus.

Unser Gesellschaftsgefüge zerbricht heute daran, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich durch die Kapitalerträge immer weiter öffnet. Keine Geldsystemreform kommt daher an diesem Thema vorbei, denn dem Reichtum der einen stehen spiegelbildlich die Schulden der anderen gegenüber. Die Schulden der Kreditnehmer werden in der Bankbilanz durch die Geldvermögen der Reichen gedeckt. Im Saldenausgleich muss sich beides zu Null aufheben. Daraus ergibt sich die Spiegelbildlichkeit⁹:



In dieser Grafik, welche aus Bankbilanzen erstellt wurde, sind nur die Geldvermögen und nicht das viel größere materielle Unternehmenskapital verzeichnet. Hier zeigt sich, dass die Wirtschaft der Hauptschuldner ist, während die Geldvermögen überwiegend in privater Hand liegen. Vor allem aber zeigt sich die exponentielle Zunahme der Geldvermögen und Schulden durch den Zinseszinsseffekt. Hier die Grafik für Deutschland:

⁹ Summe der Geldvermögen und Schulden in Österreich (2010 - ohne Aktien): Grafik von DI Tobias Plettenbacher, basierend auf den Daten der Österreichischen Nationalbank, wobei einzelne Datenreihen vor dem Jahr 1975 angelehnt an die Entwicklung in Deutschland interpoliert wurden.



1970 überstiegen die Geldvermögen das BIP etwa um das 1,5-fache, heute um das 3-fache.
 Aus: <http://www.geldsyndrom.de/GeldvermoegenSchuldenStatistik.htm>, BIP eingefügt aus: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>,
 Die Geldmenge M1 wurde ebenso skaliert eingefügt aus: http://www.kiwifo.de/html/staatseinnahmen_und_geldmenge.htm

Keine Regierung irgendeines Landes hat es bisher geschafft, diese Kurve zu beeinflussen. Der kleine Hügel in der deutschen Statistik um 1990 ergibt sich aus der Wiedervereinigung. Die Abflachung nach 2000 ergibt sich durch massive Firmenpleiten (Insolvenzen) und dadurch dass sich Unternehmen zunehmend durch Aktien finanzieren. Die Krise 2008 bewirkte nur eine kurzfristige Umkehr. Die Kurve ergibt sich aus den Regeln unseres Geldsystems¹⁰ und führt direkt zu dessen Zusammenbruch. Wir fordern unsere Regierung auf, diese Regeln sinnvoll, zum Wohl der Gesellschaft zu verändern. Viele Experten zeigen Alternativen zum gegenwärtigen Kurs auf, siehe www.geldmitsystem.eu. Es mutet befremdlich an, dass sich die Politik von der Banken-Lobby beraten lässt, also ausgerechnet jener Gruppe, die uns in die Krise gebracht hat.

Historisch gesehen sind auf Zinseszins aufbauende Systeme stets nach 5 bis 8 Jahrzehnten zusammengebrochen. Die Folgen waren grobe soziale Verwerfungen, die meist in Kriege mündeten. Die alten großen Kulturen kannten den totalen Schuldenerlass durch den Herrscher und konnten deshalb über Jahrtausende existieren¹¹. Das frühe Judentum und Christentum kannte den totalen Schuldenerlass in Jubeljahren (etwa alle 5 Jahrzehnte) um die Wirtschaft wieder zu stabilisieren¹². Dies zeigt, dass diese Kulturen über eine soziale Intelligenz verfügten, die unserem Bankensystem eindeutig fehlt.

Dass ein auf Zinseszins beruhendes System nicht über Jahrhunderte existieren kann, wird jedem klar, der über den berühmten "Josefspfennig" nachdenkt: Hätte Josef, der Vater von Jesus, im Jahre null einen Cent mit 5% Verzinsung angelegt, so stünden ihm 2012 also heute, 51 Milliarden Kugeln Gold vom Gewicht unserer Erde zu¹³.

Wenn wir auf eine Selbstregulation unseres Geldsystems hoffen wollen, dann müssen wir es so wie die Systeme der Natur gestalten. Sie regulieren sich nach dem Prinzip: Je größer ein Wert wird, desto mehr wird er eingebremst. Damit halten sich alle Werte in einem Rahmen. Unser heutiges Geldsystem funktioniert jedoch nach der Regel: Je größer ein Vermögen ist, umso stärker wächst es. Diese Regel kennen wir in der Natur nur dort, wo etwas aus dem Ruder läuft, wie bspw. bei einer nuklearen Kettenreaktion (Kernwaffenexplosion) oder bei Krebs. Sie stellt das Gegenteil einer Selbstregulation dar.

Systemanalysen von anerkannten Ökonomen, die mathematische Simulationen zum Geld- und Wirtschaftssystem entwickeln, wie Prof. Dr. Jürgen Kremer, Prof. Dr. Peter Fleissner, Prof. Dr. Christian Kreiß, Dr. Stephan Schulmeister u.a. zeigen: Unser heutiger Weg führt in die Katastrophe.

Auch sie kommen zu dem Schluss, dass die Bevölkerung die Vermögenszuwächse der Reichen nicht beliebig lange tragen kann und eine nachhaltige Kultur auf einem Geldsystem gründen muss, welches

¹⁰ Siehe: Prof. Dr. Jürgen Kremer „Eine andere unsichtbare Hand des Marktes“; Dynamische Analyse:
http://www.rheinahrcampus.de/fileadmin/prof_seiten/kremer/applets/DynamicAnalysis/AppletDynamicAnalysis.html

¹¹ Siehe: <http://www.ritsumei.ac.jp/acd/cg/law/lex/rlr28/RIES.pdf>

¹² Siehe: http://www.erlassjahr.de/cms/upload/2010/jubeljahr/Jubeljahr_und_Schuldenkrise.pdf

¹³ Siehe: <http://www.grobauer.at/josefs-pfennig.php> am Ende der Seite

leistungslose Einkommen unterbindet. Jede politische Maßnahme, die eine Rückverteilung anstrebt (wie bspw. eine Vermögenssteuer), kommt in den Konflikt, der reichen Bevölkerung ihre Kapitalerträge streitig machen zu müssen. Aber müssen wir wirklich jemandem etwas wegnehmen? Es ist auch ein anderer, effizienterer Weg vorstellbar:

Marktwirtschaft mit neuen Ausgangsbedingungen

Ein Unternehmer, der sein Kapital in sein Unternehmen steckt und daraus Gewinne erzielt, hat dafür eine Leistung erbracht. Er hat sein Unternehmen gut geführt. Die Konkurrenz am freien Markt sorgt dafür, dass er für die Leistungen seines Unternehmens keine Phantasiepreise verlangen kann. Wir wollen ihm seinen Gewinn nicht streitig machen, solange keine Monopolbildung vorliegt.

Aber wie sieht es mit den leistungslosen Einkommen durch Zinserträge oder Spekulationsgeschäfte aus?

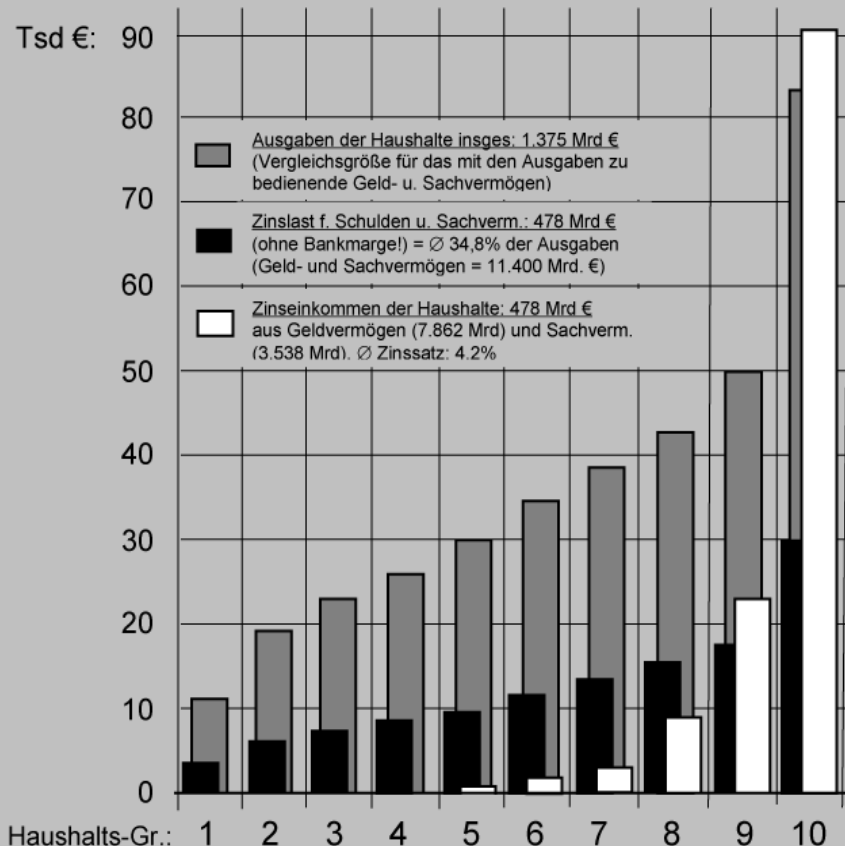
Was die Zinserträge auf unseren Sparbüchern betrifft, so gleichen sie heute gerade einmal die Inflation aus. Aber diese Inflation ist umgekehrt auch nur durch die jährliche Erhöhung der Geldmenge bedingt, die notwendig ist, um die Zinserträge aus den stets steigenden Schuldenbergen zu bezahlen. Diese Wechselwirkung wird gemildert, wenn die Zinserträge sinken. Die Kaufkraft des Sparer bleibt dann die gleiche, auch wenn seine Erträge sinken. Niedrige Zinserträge auf Seiten der Sparer haben den Vorteil, dass damit die Vermögenskluft nicht mehr so rasant wächst.

Den Zinseinnahmen der Vermögenden stehen die Kreditzinsen der Kreditnehmer gegenüber. Verschuldete Unternehmen sind gezwungen ihre Zinsaufwendungen über die Warenpreise an den Konsumenten weiterzugeben. Durch die enorme Verschuldung der Wirtschaft fallen heute auf einen Warenpreis durchschnittlich 25% Zinslasten an. Von den österreichischen Steuern wandern im Vergleich dazu nur 5,5% als Zinsertrag an die Besitzer der Geldvermögen.

Die folgende Studie von Helmut Creutz kommt sogar auf 34,8% Zinsanteil. In der Darstellung sieht man die Ausgaben für Konsum der 10 Vermögensgruppen sind in Grau. Die darin enthaltenen 34,8% Zinslasten sind als schwarze Säulen dargestellt. Das Volumen an Zinserträgen (weiß) entspricht diesen Zinslasten. Die Erträge fallen aber vor allem den Vermögenden zu. Das zweitreichste Zehntel der Bevölkerung erhält in etwa Zinserträge in der Höhe der Zinslasten, die es trägt. Alle ärmeren acht Bevölkerungsgruppen sind Zahler an das reichste Zehntel dessen Zinserträge sogar den Konsum übertreffen.

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten
Größen in Tsd. Euro je Haushalt - Bezugsjahr 2007



Eink. i. Tsd je Hh:	12,0	19,0	24,0	28,0	32,0	38,0	43,0	49,0	59,0	101,0
Ersparnis in %:	0,0	0,0	0,7	2,6	5,0	8,4	10,7	12,6	22,2	38,4
./ in Tsd je Hh:	0,0	0,0	0,3	1,1	2,2	3,6	4,7	5,5	9,7	16,8
Ausgaben in %:	3,2	5,4	6,6	7,5	8,3	9,4	10,4	12,0	13,6	23,3
= in Tsd je Hh.:	12,0	19,0	23,7	26,8	29,8	34,4	38,3	43,5	49,3	84,2

Zinssaldenberechnung

Zinseink. i. Tsd:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	1,2	3,3	7,7	23,3	90,4
-------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	------	------

./ Zinslasten (= 34,8% der Ausgaben):

in Tsd je Hh.:	4,1	6,8	8,3	9,5	10,5	11,8	13,2	15,1	17,1	29,4
----------------	-----	-----	-----	-----	------	------	------	------	------	------

= Saldo ie Hh.:	-4,1	-6,8	-8,3	-9,5	-10,3	-10,6	-9,9	-7,4	+6,2	+61,0
-----------------	------	------	------	------	-------	-------	------	------	------	-------

Quelle: Bbk, EVS, DIW u. eigene Umrechnungen

© Helmut Creutz / Nr. 059

Die Erhebungen von Helmut Creutz wurden von einem Gutachten¹⁴ des Sachverständigenrats der deutschen Wirtschaft („die fünf Wirtschaftsweisen“) bestätigt, wonach ein Viertel des deutschen Bruttoinlandsprodukts in Form von Kapitalerträgen an die vermögenden Haushalte fließt. Prof. Dr. Christian Kreiß geht dazu näher in seinem bekannten Vortrag ein¹⁵.

Viel von dem Geld kehrt nicht mehr in die Realwirtschaft zurück, sondern landet am Wertpapiermarkt wo es dem Handel von Versprechen dient. Die Geldknappheit in der Warenwirtschaft (Realwirtschaft) nimmt zu. Helmut Creutz ist in einer Studie dem Zuwachs der Geldvermögen nachgegangen und zu dem Schluss gekommen, dass er in überwiegendem Maße auf Zinszuwächse aus Börsen- oder Bankgeschäften zurückzuführen ist¹⁶.

Die leistungslosen Einkommen durch Spekulation sind unterschiedlich zu betrachten. Allgemein kann

14 http://sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/x_ga_2010_11/ga10_ges.pdf

15 Vortrag von Prof. Dr. Christian Kreiß: <http://www.youtube.com/watch?v=7CPW7zzpsfg>

16 Siehe: http://geldmitsystem.eu/Texte/Creutz_2.pdf

gesagt werden: Wäre die Börse ein Nullsummenspiel, so wären dort durchschnittlich keine Gewinne zu erwirtschaften. Tatsächlich aber haben die Geschäfte an der Börse mehr mit einer gezielten Preis-Erpressung als mit Fachwissen zu tun.

Nehmen wir an, eine Hand voll kapitalstarker Spekulanten kaufen Getreide im großen Stil auf und halten es vom Markt zurück. Die Menschen brauchen das Getreide und irgendwann zahlt die Realwirtschaft total überzogene Preise dafür. Wie kann so etwas gerechtfertigt werden? Welche Leistung hat der Spekulant erbracht? Er besitzt etwas, das er nicht nutzt oder als Händler verteilt und entzieht es nur der Nutzung durch andere. Solcherlei Geldanlage nimmt durch die enorme Vermögensakkumulation heute extrem schädliche Auswüchse an, die wir alle in den Produktpreisen zu spüren bekommen.

Ungenützter Ressourcenbesitz ist ein Verbrechen an der Menschheit. Sollten die Schätze dieser Erde, wie Luft, Wasser, Land aber auch Rohstoffe wie Erdöl und Edelmetalle nicht im Ursprung Allgemeingut sein, das niemand an sich raffen darf, ohne an der Nutzbarmachung mitzuarbeiten? Es spricht nichts dagegen, die Entschädigung der Arbeit für die Gewinnung und Verteilung von Ressourcen dem freien Markt zu überlassen. Aber der Zwischenhandel durch Spekulanten, die nicht die Verteilerfunktion des Handels übernehmen, ist durch Gebühren einzudämmen. Selbst positive Innovationen, wie die CO₂-Zertifikate werden für Spekulanten zur unverdienten Einnahmequelle, indem sie sie aufkaufen und hohe Preise erpressen. Erst wenn der ungenutzte Besitz verboten wird, können die Zertifikate ihre positive Wirkung entfalten. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass heute sogar mit unserer Luft gehandelt wird!

Wenden wir diese Erkenntnis praktisch an, so kommen wir zu dem Schluss, dass auch ein Stück Land, das ein Eigentümer an einen Bauern verpachtet, ihm heute ein leistungsloses Einkommen beschert. Aber das Land ist ja damit genutzt. Die Gebühr sollte doch nur anfallen, wenn es nicht verpachtet wird und gutes Ackerland über Jahre brach liegen bleibt, oder?

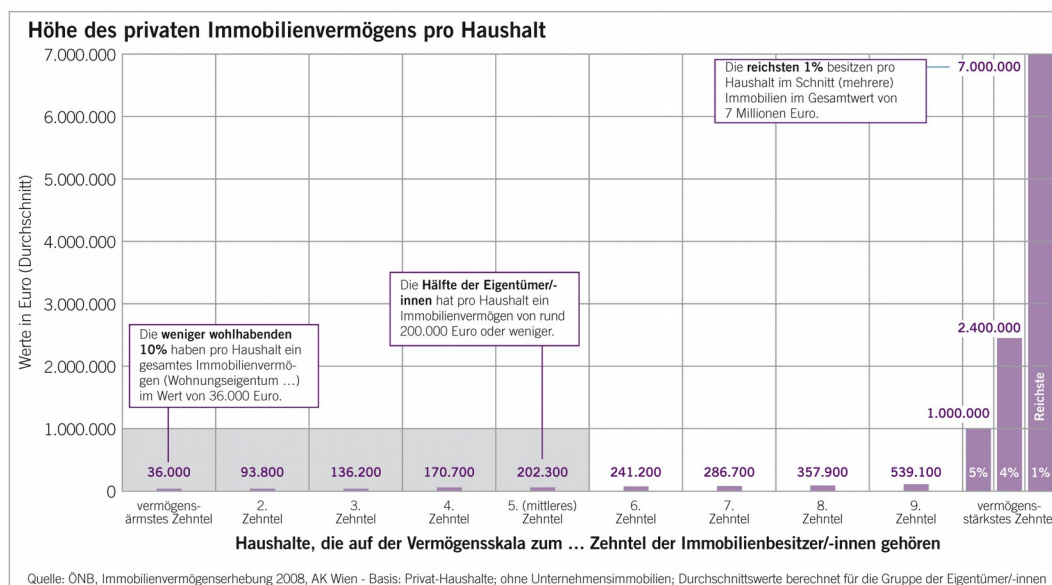
Tatsächlich sollte in diesem Fall keine Gebühr bezahlt werden und doch wird das Land dem Eigentümer kaum mehr leistungsloses Einkommen mehr bescheren. Denn eine Gebühr auf ungenutztes Allgemeingut verändert die gesamte Grundlage des freien Marktes. Ist die Gebühr hoch genug, wird der Bauer dem Eigentümer nämlich keinen Pachtzins mehr zahlen, denn er weiß, dass seine Leistung als Pächter darin besteht, dem Eigentümer die Gebühr zu ersparen.

Was bringt Eigentum, wenn es in Zukunft kein leistungsloses Einkommen mehr verspricht? Es bringt Prestige, Einfluss und Sicherheit, denn der Eigentümer kann sich den Pächter aussuchen. Er kann aber genauso gut den Grund verkaufen, das Geld als Kredit vergeben und von den Tilgungsraten leben. Schulden bringen hingegen Abhängigkeit vom Wohlwollen des Pächters und die Verpflichtung zu regelmäßigem Einkommen. Schulden versklaven den Menschen auch wenn der Kreditzins nahezu Null ist. Was Vermögen aber in Zukunft nicht mehr erbringen darf, ist seine leistungslose Vermehrung, denn an dieser zerbricht die Gesellschaft früher oder später.

Wenn Ackerland durch die Gebühr kaum mehr Pachtzins einbringt, bedeutet dies natürlich nicht, dass in dieser gedachten Zukunft keine Mieten für Wohnungen mehr anfielen. Zwar hätte der Eigentümer unvermieteter Wohnhäuser natürlich die Gebühr auf ungenutztes Allgemeingut zu zahlen, die aber nicht höher sein dürfte, als jene für einen Baugrund gleicher Größe. Denn die Bausubstanz muss durch die Miete erhalten werden. Die Gebühr dient lediglich als Motivation, die Wohnungen nicht leer stehen zu lassen. Die auf den Markt kommenden Wohnungen werden dann die Preise, sowohl für Mieten als auch für Eigentum senken. Natürlich gilt das Wochenendhaus des einfachen Bürgers nicht als ungenutzt. Hat er fünf Wochenendhäuser, so sieht die Sache allerdings anders aus. Er wird sie wohl zum Teil nutzbar machen, um einer Gebühr zu entgehen.

Es ist nicht im Sinne des Menschenrechts auf Chancengleichheit aller Menschen von Geburt an, wenn der Eine als Erbe ganzer Ländereien zur Welt kommt, während der Andere dazu verdammt ist, lebenslang ein „Mietsklave“ zu sein. Jedem sollte zumindest ein kleiner Baugrund zustehen. Wenn wir dies ohne Enteignungen umsetzen wollen, bleibt nur die Entschädigung aller aus den anfallenden Gebühren auf ungenutzten Ressourcenbesitz. Angesichts der enormen Verteilungsungleichheit beträfe diese Gebühr fast ausschließlich das Zehntel der Bevölkerung, welches heute nahezu die gesamten Immobilien besitzt, denn die anderen verfügen nicht über mehr als sie nutzen können¹⁷:

17 Aus: <http://www.arbeiterkammer.com/online/vermoegensverteilung-in-oesterreich-62843.html>



Ist nicht eine Besteuerung ungenützten Ressourcenbesitzes einer Besteuerung von Arbeit vorzuziehen? Dient nicht jede Arbeit letztlich der Allgemeinheit? Gehortete Ressourcen schaden hingegen dem Wohl der Gemeinschaft. Hier wäre eine Steuer gerechtfertigt. Zeigen solche Steuern positive Effekte, könnte durch deren Erhöhung sogar ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert werden, das einen effizienten Weg der Umverteilung darstellen würde.

Die Definition von Geld als allgemeine Ressource schafft neue Regeln für den freien Markt

Nicht nur Ackerland, sondern auch Geld kann der Nutzung entzogen werden. Dies ist dann der Fall, wenn Spargelder nicht über Kredite in den Umlauf zurück gebracht werden. So gesehen kann man Geld als allgemeine Ressource betrachten, auf deren ungenutzte Hortung ebenso eine Gebühr anfallen muss.

Genau genommen gibt es den Geldumlauf von Spargeldern zu Kreditgeldern heute überhaupt nicht mehr. Die Bank verwendet die gebundenen Gelder der Sparer für den Saldenausgleich um in ebenso großem Ausmaß neues Buchgeld zu erzeugen. Es wäre allerdings wünschenswert diesen Prozess so zu verbuchen, dass wieder ein Umlauf ersichtlich wird.

Nehmen wir also ein neues System an, in dem das Geld des Sparers (es kann Buchgeld sein) direkt an den Kreditnehmer weitergereicht wird, so wie es früher mit dem Bargeldumlauf der Fall war. Werden nun Spargelder nicht wieder in Umlauf gebracht, leidet die Wirtschaft irgendwann unter Geldnot und wird durch die Gesetze des Marktes dazu gezwungen immer höhere Kreditzinsen in Kauf zu nehmen und immer mehr Schulden zu machen.

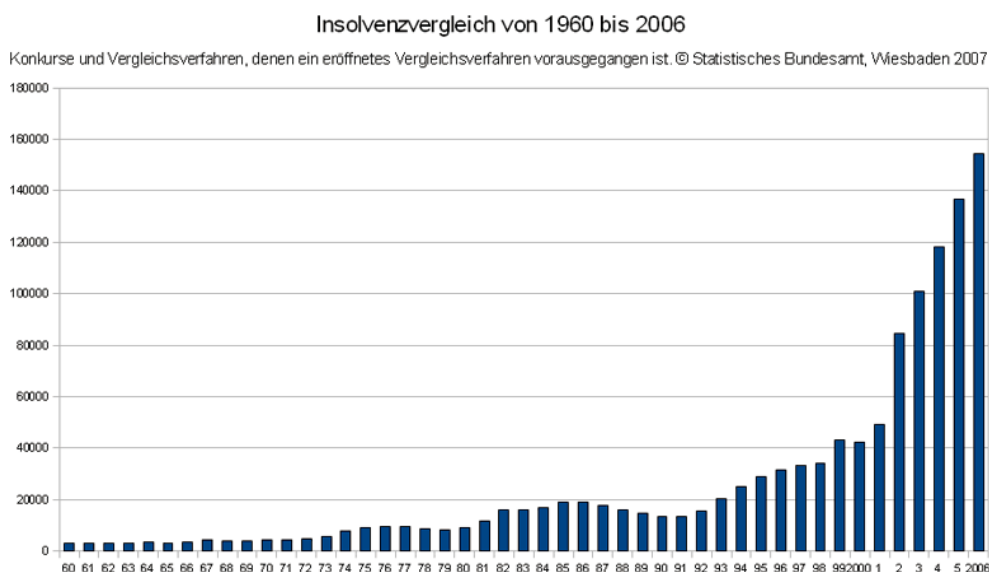
Genau wie im Fall der Gebühr auf ungenutztes Ackerland, wird die Bereitschaft steigen, Spargelder über Kredit wieder in Umlauf zu bringen, wenn auf gehortetes Geld eine Gebühr anfällt. Nun stehen wir aber vor dem Problem, dass heute der Sparer gar nicht die Wahl hat, ob er sein Geld horten oder über Kredite verfügbar machen will. Deshalb ist von den Banken eine neue Buchführung zu fordern, in der das Geld dort verzeichnet wird, wo es tatsächlich ist. Wenn der Sparer es als Kredit vergibt, um der Gebühr zu entgehen, dann ist es in Zukunft auch nicht mehr auf seinem Sparkonto, sondern er erhält einen Schuldschein von der Bank. Die Bank kann den Kreditnehmer anonym halten. Damit übernimmt sie als Zwischenhändler eine wichtige Funktion. Der Staat kann für die Kredite bürgen, so wie er heute schon für die Banken bürgt.

Vor allem aber erhält die Bank dann ihre Einnahmen aus der Gebühr auf Geldhortung und nicht mehr aus Buchgeldschöpfung und Zinswucher. Da sie in einem zukünftigen System keine Gelder in den Finanzmarkt abzweigen kann, ergehen die Einnahmen über Gehälter in die Realwirtschaft, wodurch sie wieder den Unternehmen zugeführt werden. Sparer und Kreditnehmer können diese Gelder also erwirtschaften. In einem solchen System sind Kreditnehmer willkommen, weil sie den Sparern Gebühren ersparen. Es werden also kaum Kreditzinsen anfallen. Die bis heute stattgefunden Umverteilung von den Kreditnehmern zu den Vermögenden hat damit ein Ende¹⁸.

¹⁸ Siehe: http://geldmitsystem.eu/Simulation/Ist-Zustand_und_Ziele.html

Wenn Geld nun als Ressource gilt, ergibt sich die Frage, ob dann ein reicher Mensch nicht mehr von seinem Vermögen leben kann, weil die Gebühr auf ungenützten Ressourcenbesitz es laufend reduziert. Er kann sehr wohl von seinem Vermögen leben, denn er wird der Gebühr entgehen, indem er sein Geld als Kredit vergibt und von den Tilgungsraten lebt. Aber sein Vermögen wird dabei über seine Lebenszeit hinweg aufgebraucht. Heute können alle Folge-Generationen auch noch von den Sparzinsen großer Vermögen leben, da das Vermögen selbst dabei nicht angetastet wird. Solch leistungslose Einkommen gibt es mit einer Gebühr auf Geld nicht mehr. Es muss uns klar sein, dass nur durch Abschaffung der massiven Zinserträge eine weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich verhindert werden kann, denn es sind diese Erträge, durch die die Geldvermögen wachsen und spiegelbildlich dazu die Schulden¹⁹.

Die Vermögenskluft radikalisiert heute unsere Gesellschaft und bringt das Wirtschaftssystem zum erliegen, denn die Schulden liegen hauptsächlich bei den Unternehmen und mit der Verschuldung steigen die Insolvenzen. Bevor ein Unternehmen in Konkurs geht, versucht es die Last der Schuldtilgung noch durch Dumping-Löhne an die Mitarbeiter abzugeben. Mit der Insolvenz verlieren auch Aktionäre und Unternehmer ihr Geld. Somit profitieren nicht einmal die Vermögenden von der Beibehaltung des heutigen Systems²⁰.



Wir erkennen den starken Anstieg der Insolvenzen nach 2000. Spiegelbildlich dazu ergab sich eine Eindellung in den Grafiken zu Geldvermögen/Schulden, die weiter vorne im Text zu sehen sind. Firmenkapital wird verpfändet und Schulden beglichen. Aktien verlieren ihren Wert. Es folgt somit ein ungesunder Rückgang der Vermögen und Schulden. Gesund wäre der Rückgang, wenn Firmen wieder zu Geld kämen und ihre Schulden beglichen würden, ohne insolvent zu werden.

Unserer Wirtschaft droht also der Untergang durch Überhandnahme der Firmenpleiten. Die beschriebene Umstrukturierung des Systems ist diesem Untergangsszenario wohl vorzuziehen. Die Banken finanzieren sich dann nicht mehr über Kredite, denn deren Zinsen gehen auf Null zu, sondern über die genannte Gebühr, welche jede Nacht von den Bankcomputern automatisch von den Konten abgebogen wird, wo immer das Geld am Tagesende zu liegen kommt. Als tägliche Gebühr wird sie sich in einer kaum bemerkbaren Höhe bewegen.

Es gibt bereits viele erfolgreiche Experimente mit Lokalwährungen, auf die eine solche Geldumlaufgebühr anfällt. Eine staatsweite Parallelwährung zum Euro nach diesem Prinzip wäre wünschenswert. Die Schweiz experimentiert heute bereits mit Negativ-Sparzinsen und nützt damit einen ähnlichen Effekt. Für den Euro bedürfte es einer europäischen Einigung zu einer solchen Maßnahme, da ansonsten Spargelder ins Ausland abwandern würden.

Vermögenssteuer versus Gebühr auf ungenutzte Ressourcen

Eine Obergrenze für Einkommen erscheint sinnvoll. Aber Unternehmer können dieser leicht entgehen, indem sie vorerst so stark in ihr Unternehmen investieren, dass kein Einkommen über bleibt, um später Anteile zu verkaufen und daraus Vermögen zu generieren.

¹⁹ Siehe: http://geldmitsystem.eu/Texte/Creutz_2.pdf

²⁰ Daten aus: <http://www.insolvenzseite.de/insolvenzzahlen-und-insolvenzstatistik/105.html>

Die Umsetzung einer Besteuerung von Vermögen stößt auf Widerstand, denn sie wird von den Reichen als unfair empfunden, weil sie Menschen unterschiedlich behandelt.

Außerdem kann eine Vermögenssteuer die Umverteilung durch Zins nicht ausgleichen, sondern bestenfalls bremsen. Zunächst bedürfte eine solche Steuer der Erfassung aller Vermögen, wie sie heute nicht gegeben ist. Wird nur Geldvermögen besteuert, so motiviert dies, Vermögen in Immobilienbesitz umzuwandeln oder andere Ressourcen von Allgemeinwert aufzukaufen, ohne sie zu nützen.

Wird auch Firmenvermögen oder Immobilienvermögen besteuert, so kommen wir in den Konflikt, dass diese Steuer viele trifft, die gar kein Geld haben. Wir müssen bedenken, dass der Großteil der Unternehmen verschuldet ist, aber durchaus hohe Sachwerte besitzt.

Demgegenüber fällt eine Gebühr auf Geld nur dort an, wo auch Geld ist.

Trifft Geld auf das Konto eines Schuldners, so tilgt es einen Teil der Schuld und verschwindet damit sofort wieder von seinem Konto. Trifft Geld auf das Konto eines Sparers, so bedarf es einiger Zeit, bis dieser es anderen durch einen Kredit zur Verfügung stellt. In dieser Zeit fällt die Gebühr an. Sie wird also von jenen getragen, die keine Schulden haben. Zwar kann ein Sparer ihr entgehen, indem er einen Kredit vergibt, insgesamt fällt die Gebühr aber immer irgendwo an, denn das Geld verschwindet ja nicht aus der Welt.

Das System erfordert zwar ein Umdenken, ist aber durch Währungsexperimente erforscht und hat gute Erfolge gezeigt: <http://www.unterguggenberger.org>

Computersimulationen zeigen, dass Vermögen in Systemen mit einer Gebühr auf ungenutzt gehortetes Geld nach etwa 100 Jahren langsam an eine Grenze stoßen, die nur durch höhere Sparquoten überschritten werden kann. Es gibt damit keine Anhäufung von Eigentum über mehr als zwei Generationen. Gleichzeitig gilt aber weiterhin: Wer doppelt so viel spart, erhält doppelt so viel Vermögen. Siehe: http://geldmitsystem.eu/Simulation/Geld_Mathematik.html

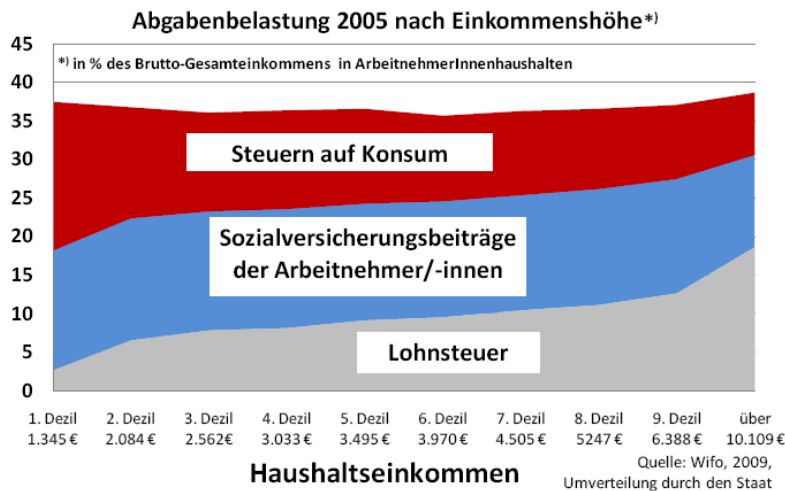
So wie heute die gesamte vorhandene Geldmenge den Banken ständig Einnahmen für die Geldverwaltung bringt, tut sie dies dann auch. Aber das Geld wird in diesem zukünftigen System von dort genommen wo es ist und nicht von dort wo es nicht ist. Da dies genau den umgekehrten Mechanismus zu heute darstellt, wird er die Effekte, die uns heute an den Zusammenbruch führen, umkehren und dem System seine Stabilität zurückgeben.

Erweist sich das System als erfolgreich, so kann man die Gebühr höher ansetzen, als sie zur Finanzierung der Gehälter und Infrastruktur der Banken notwendig ist und aus den zusätzlichen Einnahmen gemeinsam mit anderen Gebühren auf ungenutztes Eigentum ein Grundeinkommen finanzieren.

Auch heute erhalten nur 40% der Menschen ein Einkommen aus Arbeit. Die anderen 60% (Pensionisten, Menschen in Ausbildung, Kinder, Karenzierte, Menschen im Krankenstand, Hausfrauen, Behinderte, Arbeitslose, usw.) werden von den arbeitenden 40% erhalten. Um herauszufinden wem wann was zusteht ist ein enormer Verwaltungsapparat notwendig. Ein Grundeinkommen (mit halbem Grundeinkommen für Kinder) würde uns diesen Aufwand ersparen. Niemand wäre gezwungen einer Arbeit nachzugehen, die ihm so sinnlos erscheint, dass es ihn psychisch belastet. Niemand käme in beengende Abhängigkeitsverhältnisse. Selbst wenn das Grundeinkommen niedrig angesetzt wäre, so dass sich nur sehr notdürftig davon leben ließe, würde es den Menschen die Freiheit geben, eigene Projekte anzugehen. Dadurch entstünden neue Arbeitsplätze. Wir sollten darauf vertrauen, dass jeder psychisch gesunde Mensch etwas aus seinem Leben machen will. Die enormen unbezahlten Leistungen in Vereinen und Hilfsorganisationen beweisen das.

Eine Gebühr auf ungenutzte Ressourcen ist im Gegensatz zu einer Vermögenssteuer fair, da sie alle Menschen gleich stark trifft. Ob sie nun höher ausfällt und die Sozialleistungen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt werden, oder niedriger und der Sozialstaat in heutiger Form durch Lohnsteuern finanziert wird, in jedem Fall ist eine solche Gebühr die effektivste Maßnahme gegen leistungslose Einkommen. Die hier genannten Argumente sollen natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Vermögenssteuer immer noch sinnvoller ist, als gar keine Maßnahme gegen die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich. Heute sind wir in der Situation, dass der Staat zur Verteilungsgerechtigkeit nichts beiträgt. Denn die erhöhten Steuersätze auf höhere Einkommen bieten keineswegs einen Ausgleich. Dies zeigt sich, wenn man andere Abgaben berücksichtigt. Die Steuerbelastung ist im Verhältnis zum Einkommen für alle Bürger in etwa gleich groß²¹:

21 http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/509045/WifoStudie_Durch-Steuern-wird-kaum-umverteilt
und [http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/4/1/CH2247/CMS1229091777409/s_2009_umverteilung_36801\\$%5B1%5D.pdf](http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/4/1/CH2247/CMS1229091777409/s_2009_umverteilung_36801$%5B1%5D.pdf) Seite 127



Wenn wir uns die Zinslasten in Erinnerung rufen, die heute im Durchschnitt ein Drittel eines Warenpreises ausmachen, so wird klar, dass der Staat keine Chance hat, die durch diesen Zins herbeigeführten leistungslosen Einkommen der Geldgeber durch steuerliche Rückverteilung auszugleichen. Das Problem der heutigen Wirtschaft liegt in den Erträgen auf Kapital, die es in dieser Form nicht immer gab.

In vorrömischen Kulturen, also über Jahrtausende, hat es kein Eigentumsrecht sondern lediglich ein Besitzrecht gegeben. Das heißt Ländereien oder Häuser, die jemand nicht nutzte, wurden ihm genommen. Diese Kulturen haben länger überlebt als spätere. Auch in der Tierwelt gibt es kein Eigentum. Ungenütztes Territorium wird sofort von neuen Einwanderern besiedelt. So gesehen ist die Gebühr auf ungenütztes Eigentum eine gemilderte Wiedereinführung natürlicher Verhältnisse. Sie wäre auch nicht schwerer zu verwalten als unsere heutigen naturfremden Steuern auf Arbeit. Die Gebühr soll dazu motivieren, Eigentum zu verpachten, verleihen oder zu vermieten, um seinen Wert zu erhalten, indem man der Gebühr entgeht, aber nicht um einen Mehrwert zu erzeugen. Sie soll den naturfremden Zustand verhindern, dass Ressourcen ungenutzt gehortet und damit ihrem Zweck entzogen werden. Sie gilt natürlich nicht für den privaten PKW oder das Wochenendhaus. Das alles wäre in den kurzen ungenutzten Zeiten auch schwer zu vermieten.

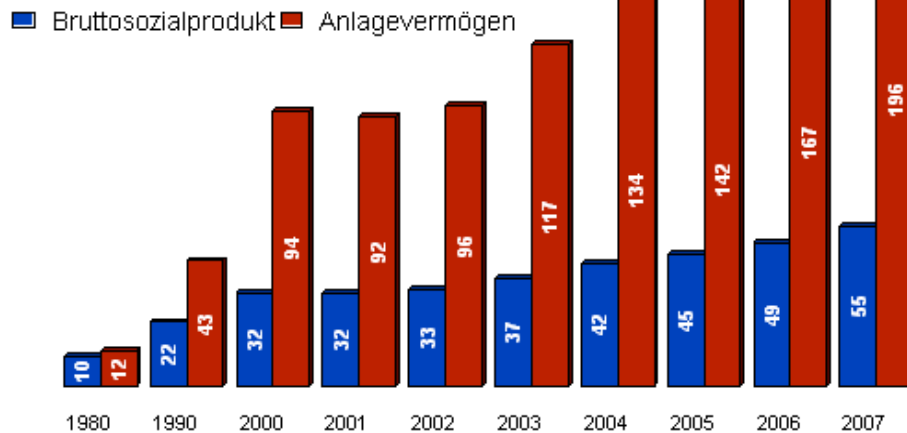
Unser unnatürliches Eigentumsrecht verhindert eine sich selbst regulierende freie Wirtschaft, denn Kapital führt heute zu leistungslosen Kapitalerträgen, die zu exponentiellem Vermögenswachstum führen, dem exponentielles Schuldenwachstum gegenüber steht. Daran zerbricht das System. Zu befürworten ist eine freie Wirtschaft auf der Basis eines Besitzrechtes, aber nicht der heutige Kapitalismus auf der Basis ungenützten Eigentums.

Bankgeschäft nur für die Realwirtschaft

Wenn wir das Bruttosozialprodukt, welches auf realen Werten beruht, dem weltweiten Anlagevermögen gegenüber stellen, ergibt sich die absurde Situation, dass die durch Wertpapiere versprochenen Werte bei Weitem die real vorhandenen übersteigen. Dies ist ein unmissverständliches Zeichen für eine Spekulationsblase.

03868: Entwicklung des weltweiten Anlagevermögens in Billionen Dollar

Quelle: mckinsey,
http://www.mckinsey.com/mgi/publications/fifth_annual_report_Executive_Summary.asp.
 © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>



Der Mechanismus, welcher zu diesem Missverhältnis führt, ist ein sehr einfacher. Je größer die Vermögensklüft wird, desto mehr Geld sammelt sich bei wenigen Personen. Deren Erträge übersteigen den Konsum dieser Menschen und so suchen sie nach Anlageprodukten für ihr Geld. Als Anlageprodukt eignet sich nur, was seinen Wert behält oder erweitern kann. Die Wirtschaft wächst aber nicht in dem Ausmaß, in dem die Geldvermögen jedes Jahr zulegen. So wird immer mehr Geld für die gleiche Menge an Anlageprodukten geboten. Es kommt zu Preissteigerungen.

Diese Preisanstiege nützen dem Anleger, denn er kann ein Wertpapier kaufen und später teurer verkaufen. Aber hinter dem Mechanismus liegen kaum realen Werte. Bricht das Vertrauen in den Wert eines Papiers zusammen, verliert der Besitzer sein Geld. Bricht das Vertrauen in den Wertpapiermarkt zusammen, kommt es zu einer Neubewertung der Papiere aufgrund realer Tatsachen. Diesen natürlichen Mechanismus muss der Staat zulassen. Er darf die irrealen Vermögen nicht durch Steuergelder retten.

Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken

Eines der Hauptprobleme unseres heutigen Systems liegt darin, dass die Spekulationsgeschäfte an der Börse nicht vom klassischen Bankgeschäft getrennt sind. Geschäftsbanken haben somit die Möglichkeit das Geld des kleinen Sparer an der Börse zu verspielen. Um Guthaben der kleinen Sparer zu sichern, rettet der Staat die verschuldeten Banken vor dem Zusammenbruch und gerät dabei selbst in die Schuldenfalle, weil er sich dafür wiederum bei Banken verschuldet.

Durch den staatlichen Geldzufluss wird das gesunde Regulativ einer realistischen Neubewertung aller Wertpapiere außer Kraft gesetzt und das System kommt in einen noch instabileren Zustand.

Das klassische Bankgeschäft besteht in der Annahme von Spargeldern, welche die Bank in ihrer Bilanz als Deckung für die vergebenen Kredite verwendet. Wohl kalkulierte Kredite bieten eine wesentlich sicherere Geldanlage als die meisten Börsenprodukte, da sie durch Bürgschaften und Pfandgüter gesichert sind. Wir fordern daher die Trennung der spekulativen Geschäfte der Investmentbanken an der Börse vom Kreditgeschäft der Geschäftsbanken. Der Staat ist dann aufgefordert nur die Geschäftsbanken zu retten, denn diese haben einen realwirtschaftlichen Nutzen. Ein Börsencrash hat dann nicht mehr diese negativen Folgen, wie wir sie heute kennen, sondern kann einfach als natürliches Regulativ eines überzogenen Marktes betrachtet werden.

Stopp der Spekulation mit lebenswichtigen Ressourcen

Börsenspekulationen mit lebenswichtigen Ressourcen wie bspw. Getreide sind zu verbieten. Aber auch viele andere Formen der Spekulation schaden der Wirtschaft. Es bedarf einer genauen Analyse, welche

Produkte der Realwirtschaft Geld entziehen und welche das Geld der Anleger in die Realwirtschaft zurückführen. Der Wert von Geldanlagen für das wirtschaftliche Gefüge ist sehr unterschiedlich.

Schädliche Spekulationsgeschäfte

Viele Spekulanten bezeichnen ihr Geschäft als eine Art Glücksspiel, bei dem jene gewinnen, die mehr Ahnung haben. Tatsächlich trifft dies auf manche Börsenprodukte zu, die einer Wette gleichen. Dabei bringen die Spekulanten so viel Geld in den Markt ein, wie sie nachher wieder heraus ziehen. Auf den ersten Blick mag ein solches Nullsummenspiel der Wirtschaft nicht schaden. Genauer betrachtet bleibt aber das Geld der Spieler für den Zeitraum des Spiels im Spiel gefangen. Die Grundbedingung eines gesunden Geldkreislaufs ist aber, dass die Gelder der Vermögenden in die Realwirtschaft zurück wandern. Bleiben sie dauerhaft in der Irrealwirtschaft des Spekulationsgeschäftes gebunden, entsteht in der Realwirtschaft Geldknappheit und die Kredite, welche den Geldvermögen gegenüber stehen, können nicht mehr getilgt werden. Ein Verbot dieser Form des Glücksspiels, könnte die Spekulanten dazu anstiften, die Geschäfte mit einer eigenen Spekulationswährung zu betreiben. Dies hätte zumindest den Vorteil, dass die Bank das Vermögen der Spekulanten, deren „Glücksspiele“ über Jahre andauern, in der Zwischenzeit über Kredite der Realwirtschaft zuzuführen können.

Zu den schädlichsten Anlageformen gehören wohl die Spekulationen mit jeder Art von Ressourcen. Dabei werden zum Beispiel Rohstoffe der wirtschaftlichen Nutzung entzogen, indem sie aufgekauft und dem Markt vorenthalten werden um dann überhöhte Preise zu erzielen. Dies ist dann kein Nullsummenspiel mehr, sondern damit wird die Gesellschaft erpresst, denn sie braucht die Rohstoffe um produzieren zu können. Wer an der Nutzbarmachung einer Ressource für die Gesellschaft nicht beteiligt ist, also kauft ohne zu nutzen, dessen Kauf soll besteuert werden.

Wenn wir Geld als eine Ressource von allgemeinem Interesse interpretieren, so ist auch der Devisenhandel ein Negativbeispiel. Der Spekulant zieht Gewinne aus Wechselkursen, ohne eine Gegenleistung zu bieten. Die Hortung von Geld-Ressourcen, die nicht durch Kredite für andere nutzbar gemacht werden, muss also ebenso durch die Gebühr auf ungenütztes Eigentum besteuert werden. Gewinne aus dem Devisenhandel gibt es dann kaum mehr.

Neutral zu bewertende Geldanlagen

Es macht aber einen Unterschied, ob die Ressource, welche der Anleger kauft, bereits gewonnen wurde, oder ob deren Gewinnung vorfinanziert wird, wie dies beim Vorverkauf von noch nicht geförderten Rohstoffen der Fall ist. Vorfinanzierungen sind mit Krediten vergleichbar und neutral zu bewerten.

Ähnlich neutral verhält sich der Aktienhandel in seiner ursprünglichen Form. Unternehmen kommen durch Verkauf von Unternehmensanteilen an Geld. Diese Form der Finanzierung ist aber nur attraktiv, so lange die Zinsforderungen der Banken für Kredite hoch sind und könnte bei einer Reform des Geldsystems an Attraktivität verlieren, da sich Unternehmen dann über Kredite finanzieren werden.

Die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie ist heute auf ein halbes Jahr gefallen²². Da Unternehmen nicht derart oft Aktien ausschütten, werden Unternehmensanteile häufiger über Zweitanbieter erworben als vom Unternehmen selbst. Die Aktionäre haben oft keine Einsichten mehr in das Unternehmen und der Wert der Aktie wird rein spekulativ festgesetzt und erfährt unrealistische Preisturbulenzen. Ein solcher Aktienhandel bietet keine sinnvolle Finanzierungsbasis für Unternehmen, denn sie sind indirekt von den spekulativen Preisen der Unternehmensanteile betroffen. Ein Unternehmen dessen Aktienkurs fällt, kann keine neuen Aktien heraus geben. Solche Fehlentwicklungen ließen sich zum Beispiel durch eine Finanztransaktionssteuer für Aktien beheben, die im ersten Halbjahr 3% beträgt und danach halbjährlich um ein halbes Prozent fällt bis sie nach dem dritten Jahr aufgehoben wird. Die Aktionäre würden damit angehalten, ihre Aktien länger zu halten.

Positiv zu bewertende Geldanlagen

Positiv sind Geldanlagen zu beurteilen, die keine Gewinne, sondern Sicherheit versprechen. Der Generationenvertrag unserer staatlichen Pensionsvorsorge ist ein Beispiel, gilt aber nicht als Anlageform. Durch den Generationenvertrag gilt der Anspruch einer Generation auf Altersversorgung auch nach einem

²² Siehe: <http://www.boerse-go.de/nachricht/So-lange-werden-Aktien-im-Schnitt-weltweit-gehalten,a2449016.html>.

Währungszusammenbruch und Gründung einer neuen Währung.

Die private Pensionsvorsorge und Lebensversicherung ist im Vergleich dazu sehr kritisch zu beurteilen, da die Geldmittel für den Kunden über Jahrzehnte in Anlageprodukten gebunden werden müssen und damit vielfach der Realwirtschaft entzogen bleiben, indem sie in der Irrealwirtschaft zwischen den Konten der Spekulanten rotieren. Im Fall einer Bankentrennung muss die private Pensionsvorsorge in ihrer heutigen Form von den Investmentbanken geleistet werden, für die der Staat keine Garantie übernimmt. Dies wird den Bürgern bewusst machen, welches Risiko hinter diesen Produkten steckt.

Um zukünftigen Pensionisten eine risikoärmere Pensionsvorsorge anbieten zu können, wäre es sinnvoll, die staatliche Pensionsvorsorge zu einer Anlageform umzugestalten, indem der Versicherte die Freiheit hat, einen höheren Versicherungsbeitrag zu wählen und damit zu einer höheren Pension zu kommen. Dies würde auch wieder Geld in die Pensionskassen bringen.

Neue nützliche Anlageformen

Um eine Geldanlage zu erschaffen, deren Wert auch über Jahrzehnte hinweg garantiert werden kann, fordern wir ein völlig neues Vertragskonzept, das Gemeinden zur Verfügung gestellt werden soll:

Dieses Vertragskonzept soll ihnen die Möglichkeit geben, die Gelder der Sparer zu verwenden, um nachhaltige Infrastruktur zu errichten, zum Beispiel Kraftwerke aus nachhaltigen Energieformen, Fernwärme, Wasserversorgung, Kläranlagen und Recyclinganlagen. Die Bürger erhalten im Gegenzug später Kilowattstunden und Liter aus diesen Anlagen. Der Staat bürgt für die Einhaltung der Verträge. Diese werden ausschließlich mit ansässigen Bürgern geschlossen, die auch Nutznießer der Leistungen sind. Natürlich darf nicht die gesamte Leistung einer Anlage vorverkauft werden, da laufende Instandhaltungskosten durch laufende Einnahmen zu decken sind. Insgesamt bietet dieses Konzept die Möglichkeit die häusliche Grundversorgung für spätere Jahre bereits vorzufinanzieren. Kilowattstunden und Liter sind physikalische Größen, die durch einen Zusammenbruch einer Währung nicht ungültig werden.

Eine ähnliche Vorfinanzierung ist durch auf Zeit basierende Verträge für Betreuungsdienstleistungen denkbar.

Hauptziel solch innovativer Anlageformen ist es, das Geld der Sparer in sichere Anlageformen überzuführen, es vom Wertpapiermarkt fern zu halten und der Realwirtschaft zugänglich zu machen, sowie die lokale Wirtschaft zu stärken.

Die klassischen Theorien der Ökonomie versagen

Lassen Sie sich die Inflation erklären

Es mag sein, dass Sie auf einen Ökonomen treffen, der ihnen erklärt, dass unser System wohldurchdacht sei und die Gesetze der Marktwirtschaft alles ins Lot bringen werden.

Lassen Sie sich doch von diesem erklären, warum wir heute eine starke Inflation erleben. In jedem wirtschaftlichen Lehrbuch können wir erfahren, dass Preissteigerungen entstehen, wenn ein Überangebot an Geld im Verhältnis zum Warenangebot vorliegt. Ist das so? Ist in der Realwirtschaft mehr Geld als Ware? Nein! Es bedarf eines völlig neuen Erklärungsmodells.

Wir brauchen nicht mehr Staat, sondern einen schuldenfreien Staat mit verwaltungsreduzierten Sozial- und Steuersystem, nicht Keynesianismus, nicht Kommunismus, sondern ein grundlegend neues Modell. Wir erleben heute eine historisch neue Situation, in der sich der Wertpapiermarkt weitgehend autonom entwickelt; eine Situation, die in klassischen Lehrbüchern der Ökonomie nicht vorkommt. Auf diesem aufgeblähten Markt herrscht tatsächlich ein Überangebot an Geld, in der Realwirtschaft hingegen herrscht Geldknappheit. Wir sollten somit eine Deflation haben!

Die heutigen Preissteigerungen entstehen alleine durch den Druck des Finanzmarktes auf die Realwirtschaft und den Staat! Das Überangebot an Geld im Wertpapierhandel führt dazu, dass alles, was sich als Geldanlage eignet, wie Immobilien in guter Lage, Rohstoffe, florierende Unternehmen u.a. zu überhöhten Preisen aufgekauft wird. Das Preisniveau, vor allem bei Rohstoffen und Energie, hindern die Industrie daran, günstig zu produzieren.

Sollten wir das System lieber krachen lassen?

Wer die Zahlen und Fakten unseres kranken Geldsystems kennt, muss daran zweifeln, dass sich dieses noch einmal in Schwung bringen lässt. Viele Ökonomen sehen keinen Ausweg mehr und gehen davon aus, dass man das System krachen lassen müsse. Politiker trauen sich keine sinnvollen Maßnahmen mehr zu setzen, aus Angst, sie könnten verantwortlich gemacht werden, die Veränderung getätigt zu haben, die den Zusammenbruch auslöste.

Wir sollten uns aber bewusst sein, dass unsere Versorgung heute global organisiert ist. Im Jahr 2010 wurden Container voller Handelswaren mit einem Volumen von 2000 Cheopspyramiden verschifft²³. In den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts war sie überwiegend regional organisiert. Die globale Organisation bricht ohne funktionstüchtige Währungen zusammen und mit ihr die gesamte Versorgung – jedoch in wesentlich gravierenderem Ausmaß als damals. In den entwickelten Länder wäre schon ein Tag ohne Strom undenkbar. Keine Pumpen, kein Wasser, kein Sprit aus der Zapfsäule, keine Bankomatkassen, keine elektrischen Türen, keine Straßenbahn und keinerlei Produktion.

Glauben denn die Vermögenden wirklich, es betreffe sie dann nicht, denn sie hätten rechtzeitig in Gold investiert? Glauben sie wirklich, es wäre gegenwärtig wichtiger, für ein paar Prozent Zinserträge zu kämpfen, als einer Neuorientierung des Geldsystems zuzustimmen? -- Wie naiv kann man sein?

Kontakt: MMag. Manfred Gotthalseder

²³ Siehe: http://wstreaming.zdf.de/zdf/veryhigh/111031_regional_global_hitec.aspx